

Eurokrisen als Entdeckungsverfahren. Die Politisierung europäischer Vergesellschaftungsprozesse

Vortrag für die fünfte Plenarveranstaltung des 37. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (Trier 2014)

Martin Heidenreich

Die 2008 begonnene Banken-, Staatsschulden- und Wirtschaftskrisen können zu einem besseren Verständnis der Vergesellschaftungsprozesse in Europa beitragen. Diese nunmehr abklingenden Eurokrisen lassen konstitutive Besonderheiten europäischer Vergesellschaftungsprozesse klarer als bisher hervortreten und können somit im Sinne Luhmanns als Weg zur theoretischen Erfassung gesellschaftlicher Veränderungen genutzt werden: „Wie in einem unbeabsichtigten perversen Effekt kommt bei ständigen Krisendiagnosen nach und nach heraus, daß es sich gar nicht um Krisen handelt, sondern um die Gesellschaft selbst.“ (Luhmann 1991: 148).

Durch die Eurokrisen werden die Besonderheiten und Widersprüche einer Vergesellschaftung jenseits des Nationalstaats erneut und nachdrücklich hervorgehoben. Eine zentrale Lektion der Eurokrisen sind die multiplen Raumbezüge und der Mehrebenencharakter, aber auch die weitreichende Politisierung der Vergesellschaftungsprozesse in Europa. Dies gilt erstens für die verteilten geld- und wirtschaftspolitischen Verantwortlichkeiten, die Auslöser der Krisen waren und nicht im Sinne einer kohärenten Institutionalisierung von Verantwortlichkeiten überwunden werden konnten. Im Zuge der Eurokrisen wurde deutlich, dass dauerhafte und substanzielle zwischenstaatliche Umverteilungen in Europa nicht einmal angesichts eines drohenden Zusammenbruchs der Eurozone zu erwarten sind – ohne dass die damit verbundenen wirtschaftspolitischen Herausforderungen angesichts der zunehmenden wirtschaftlichen Unterschiede in Europa, der europäischen Wachstumsprobleme, der Überschuldung einiger Staaten, der ungelösten Fragen der Bankenabwicklung und der exorbitant hohen Arbeitslosenquoten insbesondere in Süd- und Osteuropa gelöst sind. Zweitens steht die gesellschaftliche Basis der politischen und wirtschaftlichen Integration in Europa auf dem Prüfstand. Komplementär zu der Finanzmarkt-, Euro- und Wirtschaftskrise in Europa wurden das Vertrauen der Bevölkerung in den Euro und die EU und die Beziehungen der Europäer untereinander untergraben. Im Kontext der Eurokrisen scheint die bisherige Entkopplung von europäischer Systemintegration und nationaler Sozialintegration und damit

die für den Integrationsprozess konstitutive Indifferenz der nationalen Bevölkerungen gegenüber dem Elitenprojekt der europäischen Integration an ihre Grenzen zu stoßen. Auch hier ist eine Politisierung zu beobachten. Drittens wird die EU stärker als bisher als zentraler Bestimmungsfaktor sozialer Ungleichheiten wahrgenommen und damit auch in dieser Dimension politisiert. Auf die teilweise wieder zunehmenden zwischenstaatlichen Ungleichheiten wird besonders sensibel reagiert, da gerade durch die jahrzehntelange Konvergenz der Lebensbedingungen in den bisherigen EU-Mitgliedsstaaten die Sensibilität für Divergenzen größer geworden ist.

Diese dreifache Politisierung des europäischen sozialen Raums im Zuge der Eurokrisen ist für die Europaforschung eine erhebliche theoretische Herausforderung, da nunmehr anstelle automatisch wirkender „Spillover-Prozesse“ zunehmend gesellschaftliche Auseinandersetzungen um die Art und die Ausrichtung der europäischen Integrationsprozesse die Bühne bestimmen. Die Politisierung der institutionellen Ordnungen, der Einstellungen zur EU und der europäischen Dimension sozialer Ungleichheiten kann als „Rückkehr der Gesellschaft“ interpretiert werden, nachdem die soziokulturelle und politische Heterogenität Europas im Zuge der Bildung der europäischen Nationalstaaten jahrhundertlang ausgeblendet worden war (Rokkan 2000).

Übersicht: Wirtschaftspolitische, zivilgesellschaftliche und sozialpolitische Dimensionen der europäischen Integrationsprozesse

	Situation vor der Krise	Aktuelle Situation	Auswirkungen auf europäische Vergesellschaftungsprozesse
Institutionelle Ordnungen der Wirtschaftspolitik	Nationale Kompetenzen in Wirtschaftspolitik, europäische Geldpolitik	Erste Ansätze einer Europäisierung der Fiskalpolitik (EFSM, ESM, EZB)	Verteilung der Verantwortung für haushaltspolitische Entscheidungen auf die nationale und europäische Ebene
Gesellschaftliche Basis des Integrationsprozesses	Weitgehende Indifferenz gegenüber EU bzw. unspezifische Unterstützung	Politisierung und zunehmend kritische Beurteilung europäischer Institutionen und Themen	Europäisierung nationaler Öffentlichkeiten; stärkere Präsenz euroskeptischer Positionen, höherer Legitimationsbedarf der EU
Sozialpolitische Flankierung des Integrationsprozesses	Wahrnehmung von Ungleichheiten weitgehend beschränkt auf nationalen Rahmen	Beurteilung der eigenen Einkommens- und Beschäftigungssituation auch in einem europäischen Rahmen	Forderungen nach europäischen Strategien für mehr Wachstum und „Gerechtigkeit“ bei weiterhin geringer Bereitschaft zu zwischenstaatlicher Umverteilung

Literatur:

- Heidenreich, M. (2014a). Eurokrisen und Vergesellschaftung. Die krisenhafte Europäisierung nationaler Fiskalpolitiken. In: Heidenreich, M. (Hg.): *Krise der europäischen Vergesellschaftung? Soziologische Perspektiven*. Wiesbaden: VS-Verlag. Im Druck.
- Luhmann, N. (1991). Am Ende der kritischen Soziologie. *Zeitschrift für Soziologie*, 20(2), 147-152.
- Rokkan, Stein, 2000: *Staat, Nation und Demokratie in Europa* (Hrsg. und Einleitung von Flora, Peter). Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Rauh, C. und Zürn, M. 2014: Zur Politisierung der EU in der Krise, . In: Heidenreich, M. (Hg.): *Krise der europäischen Vergesellschaftung? Soziologische Perspektiven*. Wiesbaden: VS-Verlag. Im Druck.

Kontaktadresse:

Martin Heidenreich, Institut für Sozialwissenschaften, CvO-Universität Oldenburg, D-26111 Oldenburg, E-Mail: martin.heidenreich@uni-oldenburg.de, Tel. +49-441-798-4867